

Der Deutsche Gewerbeleiter

Wiederauflage: 150 Bl. Einzelblattpreis die Spiegel. Wocheneinzahl für Arbeitnehmer 75 Pf. Heftkosten und Praktikanten 1 Tl.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-

Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stadtor 17. Heraus 1906-07
Schluß der Ausgabe: Samstag, morgens 11 Uhr. Geschäftsräume und Wohnung
menschenfreien sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 50

Duisburg, den 11. Dezember 1920

21. Jahrgang

Der Geist des Kapitalismus

Die soziale Frage, deren Sinn und Wesen wir in der vorletzten Nummer unseres Organs darlegten, erhebt sich in unseren Tagen zu einer ungeheuren Höhe. Troch Versicherungsgesetzen, trotz Gleichberechtigungsparagraphen geht ein fühlbarer Schnitt durch die Welt, der in seiner zerstörenden Kraft sich mit Riesenstichen immer mehr der sündhaften Tendenz des Altertums nährt. Das, was dazu treibt, ist der verderbliche materialistische Geist.

Die Revolutionen geben vor, den Kapitalismus zu stören; aber sie bilden ihn erst in seiner krassesten Form heraus. Die französische Revolution schuf den bourgeois Kapitalismus, die russische Revolution den Kapitalismus der Sowjetdiktatoren und die deutsche Revolution den Kapitalismus der Bücherer und Schieber.

Der Kapitalismus scheint wie von einem Siebewahn besessen, noch einmal alle Kräfte anstrengen zu wollen, um die Erde in seinen Besitz zu haben, bevor neue lebensstarke Ideen, der Gedanke der sittlichen Höhe und des Christentums, den Geist des Kapitalismus bändigen und statt des Egoismus, des Schwachsinnigen, sittliche Tat und Wahrnehmung erstehen läßt.

Zwei große Seiten trägt der Kapitalismus unserer Tage, eine technische und eine geistige.

Auch darin hat die Arbeiterschaft zu lernen, daß sie nicht den Kapitalismus schlecht hin verwirft. Niemand kann auch nur im entferntesten in so komplizierten Wirtschaftsgebilden, wie es die heutige Weltwirtschaft ist, ohne Kapitalkräfte etwas beginnen. Die ungeheuren technischen Errungenchaften, die erst durch die kapitalistische Wirtschaftsmethode möglich sind, lassen die technische Seite des Kapitalismus als unabdinglich notwendig erscheinen.

Worauf es ankommt, ist der Geist im Kapitalismus, ist seine Methode, die dem ganzen 19. Jahrhundert den Stempel aufgedrückt hat, so daß fast jede ihrer Handlungen, der politischen, wirtschaftlichen und sogenannten ethischen mehr oder minder ihr Zeichen trug.

Die chinesische Kaiserin Tzu-hsi, eine der größten und geistvollsten Frauen, die der Osten im letzten Jahrhundert hatte und die zur Zeit der bekannten Vorfahren die Zügel der Regierung im Reich der Mitte führte, sagte einst zu ihren Staatsmännern: „Die Europäer haben einige strategische Verträge mit China abgeschlossen, die wenigstens 10 000 geschriebene Zeilen enthalten. Steht in einem einzigen von diesen auch nur ein Wort, das sich auf die Pflege der Jugend, auf Freiheit, Gantekheit und Schamgefühl, die vier Grundätze unseres Volkes bezieht? Nein, und wiederum ein! Alles, wovon sie sprechen, ist: Materieller Vorteil!“

Das ist eben die kapitalistische Methode, die in nichts anderem besteht, als in der durch seine Rücksicht und seine außerzeitige Erwägung gehemmte Anwendung rein ökonomischer Mittel, die jedes stetische Prinzip als lächerlich und hinderlich verkündet. Im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf niemanden, selbst den Bruder nicht zu scheuen — wie es in der Geschichte der amerikanischen Kapitalmagnaten vorgetragen ist — alle Gefühlsmomente auszuschalten, den Menschen nur so lange gebrauchen, als er seine ganze Kräfte gebrauchen kann, und ihn dann verbraucht, auf die Straße zu schleudern, um Börsenspekulationen halber — wie es die Standard-Oil-Companie im Jahre 1907 tat — eine Weltkrise heraufzubeschwören, Hunderttausende um des Goldes willen arbeitslos zu machen und über die Tränen hangernder Frauen und Kinder mit einem Achselzucken hinwegzugehen, das ist der Geist des kapitalistischen Systems.

Dieser Kapitalismus erzeugt freilich Rechnungsmenschen allergrößten Stils; um ein Rockfeller, Vanderbilts, Morgan oder auch Emil Rathenau zu werden, gehört das Genie eines Feldherren, eine ungewöhnliche Willenskraft und ein blitzartiges Erfassen aller ökonomischen Gelegenheiten, aber alle diese Eigenschaften werden von jener rechnungsmäßigen Aussäufung des Lebens getragen, wie Wygodzinski einmal sagte, deren erstickende Dampfshaut sich über jede Wallung eines sittlichen Gefühls erstreckt.

Jah Gould, der als blutiger Häusler durch die Strächer von New York in seinen Jünglingszügen zog und als Besitzer von 150 Millionen Dollar seine Laufbahn bejählt, sagte einmal ganz läßt vor einer Untersuchungskommission: „Was Finanzleute ist es ganz gleich, welche Partei am Ruder ist — und gilt die Partei nur etwas, die wir zu unserem Zwecken benutzen können.“

Politik, Gesellschaft, selbst der Deichmarter der Religionen kann sich betätigen kann.

Region dient dem Kapitalismus erst dazu, seine Pläne zu verwirklichen.

Die französische Revolution, die vorgab, den Geist aus den Fesseln zu befreien, hat auch das ganze Wirtschaftsleben sprunghaft revolutioniert. Dem in engen Banden gehaltenen Wirtschaftsreich gab sie sofort die ungehemmte Freiheit, sie umgab selbst den gierigen Erwerbstrieb mit einem Glorienschein. Während der christliche Mittelalter in seinen Bünden das Prinzip der gesetzlichen Machtung auf Grund redlicher Arbeit hochhielt, riß die französische Revolution jeden Damm ein, und vernichtend ergoß sich die ganze Flut des brutalsten Egoismus. Der wirtschaftliche Liberalismus, der sechzigjährige Kämpfer in die Bergwerke und die Textilfabriken hereinholte, war der gelehrteste Schüler der vielgerühmten französischen Revolution, genau wie die deutschen Spielerkapitalisten die Lehren der deutschen Revolution treu befolgten.

Die Revolution und die Revolutionäre, die sich begeisterten, die Religion aus den Herzen der Kinder zu reißen, die sich möglichst viel zu gut taten an der Einigung aller Sittengefüge, haben wirklich zu allerlett Ursache, über den schrankenlosen Kapitalismus zu schimpfen, den sie selbst protektionieren.

Über wir dürfen nicht nur den kapitalistischen Geist bei den Oberen suchen, der Geist hat sich leider durchgefressen auch nach unten.

Ein großer Teil der Arbeiterschaft, besonders der radikalen, verhetzten Arbeiterschaft huldigt leider dem gleichen Prinzip. Troch aller Not und aller Dringlichkeit muß doch gesagt werden: Wer durch unzählige Putschattacken seine radikalen Forderungen durchsetzen will, wer ohne die geringste Rücksicht auf die Gesamtheit glaubt, möglichst viel „herauszuholen“, wer dem Prinzip der „Sozialveriegung“ mit Handgranaten huldigt, der vertritt genau das gleiche materialistisch-kapitalistische System, wie es die Oberen auch tun. Dieses Proletariat hat kein Recht, Ansprüche zu erheben, denn auch es tritt das stetliche Recht mit Füßen.

Nun trägt in den meisten Fällen freilich die Masse selbst nicht so viel Schuld daran, als eine gewisse Führersorte, die in möglichst radikalen Phrasen macht, die Arbeiterschaft aufsieht und dann den Dingen ihren Lauf läßt; biselach sogar dann aber im Verhandlungszimmer mit den Unternehmern den süssen Mann herauskehrt, der selbst den „Klassenkampf“ als Phrase bezeichnet.

Der Geist des Kapitalismus will sich rücksichtslos, ohne auf Gesamtheit, göttliches und menschliches Recht zu achten, über alle erheben; er kennt nur sich selbst und vielleicht noch seine Klasse.

Will die sozialistische Idee in ihrem Klassenkampf und dem Schrei nach der Diktatur des Proletariats etwas anderes?

Vom gleichen materialistischen Geist beseelt, wie der Kapitalismus, will die sozialistische Idee die gleichen Ziele: Herrschaft ihrer Klasse, Unterdrückung der anderen. Soll das etwa der Weg zur Zukunft, der Weg zur Lösung der sozialen Not sein?

Niemals sind die tiefen Zusammenhänge in der Menschheit und ihr inneres Verlangen mehr verkannt und mit Füßen getreten worden als von der sozialistischen Idee.

Wenn uns ein Licht in der Wirtschaft wieder leuchten soll, wenn der erstickende Druck, der auf der Arbeiterschaft lastet, als Spiele man an den Weltbörsen mit ihrer hände Arbeit und ihrer Seele, wenn eine wirkliche Einstellung der Maschine auf den Menschen und nicht umgekehrt erfolgen soll, so muß über allen Wirtschaftskämpfen das vom Kapitalismus und Sozialismus gleichmächtigen gehaßte Zeichen der Gerechtigkeit und des Menschheitsrechtes stehen, zu dem sich das Christentum und die christlichen Gewerkschaften bekennen.

Aus diesem hohen Ideal allein heraus kann auch nur die Durchführung einer wahren Gemeinschaftsarbeit und einer Gemeinwirtschaft erfolgen, zu der sich auch die christlichen Gewerkschaften bekennen, wie sie noch lebhaft auf ihrem Kongress in Essen dargestanden.

Gerechtigkeit in der Wirtschaft, Gleichberechtigung und Gleichachtung aller, Hebung der unteren Schichten, Gemeinschaftsarbeit aller Stände, das sind die Zielpunkte, deren wir zu streben müssen, wenn wir ein wirkliches, wahres von idealer Größe getragenes Deutschland schaffen wollen, in dem auch die Arbeiterschaft groß und gleich-

10. Kongress der christlichen Gewerkschaften

IL

Im Anschluß an die Rede Siegerwalds sprach unser Verbandssekretär Kollege Hirt siefer über

Die deutsche Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart

Die Grundgedanken des Referates sind folgende:

Als der Ausgangspunkt der Ereignisse der letzten Zeit kann nicht die einfache Formel „Krieg und Revolution“ angewandt werden. Sie waren nur die leichten Auswirkungen der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahrhunderten. Im europäischen Gesellschaftslörper entwideten sich infolge der wirtschaftlichen Umgestaltung manniöfache Krankheitserscheinungen, die zunächst in der großen französischen Revolution zu Ausgang des nächsten Jahrhunderts offen in die Errscheinung traten. Die Folgewirkungen der französischen Revolution traten aber dann erst im ganzen neunzehnten Jahrhundert mehr oder minder offen zu Tage und es dürften auch die leichten Ereignisse in ihrem tiefsten Urgrund noch als Nachwirkungen dieser Epoche anzusprechen sein.

Die Ursachen der französischen Revolution, durch die eigentlich das sogenannte kapitalistische Prinzip eingeleitet wurde, sind nicht nur auf politischem Gebiete zu suchen. In viel höherem Maße liegen ihre Ursachen in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, die sich in der voraufgegangenen Zeitepoche herausgebildet hatten. Durch die Beseitigung der bis dahin bestehenden wirtschaftlichen Organisationen, die Aufhebung aller wirtschaftlichen Bedingungen und Hemmungen, durch die Einführung der Gewerbefreiheit, wurde die Rohr frei für die ungehemmte Entwicklung der einstigen monarchistischen und mechanisierend eingesetzten preußischen Produktionsweise. In Deutschland konnte diese Entwicklung naturgemäß nicht im gleichen Tempo vor sich gehen, wie in Frankreich und England. Deutschland war zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch ein recht armes Land mit einer Bevölkerung von kaum 24 Millionen Menschen, die sich fast ausschließlich aus der Landwirtschaft ernährten. Religionsstiftung und drittjähriger Krieg hatten Deutschiens Entwicklung sehr stark gehemmt. Dazu kam die innere Kerrenheit in der Kleinuntertreppe, die auch die wirtschaftliche Entwicklung behinderte hatte mit ihren tausenderlei Holländern, Abfertigungen usw. und nicht zuletzt hinderte das mangelhafte Verkehrsnetz ein wirtschaftliches Aufwärtsstreben.

Doch die Kreise des preußischen Handwerkes und Kleingewerbes der Gewerbefreiheit widerstand entgegengestanden, war an sich verständlich. Dadurch wurde aber die Gesamtentwicklung Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete sehr stark hemmt. Es blieb bis um die Mitte des vorherigen Jahrhunderts überwiegend Monoprat mit einer allgemeinen Vollarmut, die es gegenüber den industriell entwickelten Ländern England und Frankreich sehr stark in den Hintergrund treten ließen.

Erst die Gründung des Rossvereins im Jahre 1834 brachte die Schaffung eines größeren einheitlichen Wirtschaftsbüchtes. Eigentlich könnten wir erst von diesem Zeitpunkt von einer deutschen Volkswirtschaft überhaupt reden. Durch die Schaffung des Rossvereins und den Ausbau des Eisenbahnsystems waren die ersten Erfordernisse für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft gegeben. Sie kamen aber erst voll zur Auswirkung, nachdem im Anschluß an den deutsch-französischen Krieg die Gründung der neuen deutschen Reiches vollzogen worden, also ein wirklich einheitliches deutsches Wirtschaftsbüchle geschaffen worden war. Die nun einschende einzigartige Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens ist wohl nur dadurch zu erklären, daß bis zur politischen Einigung des deutschen Volkes alle Energien gesammelt hatten, weil sie sich nicht entfalten konnten. Nun aber brachen sie mit vollem Elan hervor, daß sie alles bis dahin Erlebte in bewegten ließen.

Nachdem dann noch die deutsche Wirtschaft von dem Kreishandels auf den Schuhzoll umgestellt wurde, und an die Stelle des völlig freien Spiels die Kräfte ein staatlicher Schutz der wirtschaftlich schwachen in der heutigen Sozialpolitik inauguriert wurde, trat eine gewisse Sicherheit an die Stelle der in dem Gründungswinkel und der zeitweiligen Arbeitslosigkeit sich spiegelnden Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Deutschlands Wirtschaft holte in ungeheuer raschem Lauf nicht nur die Vorprung ein, den die älteren Industrieländer England und Frankreich ihm gegenüber vorwiesen, sondern überholte sie insbesondere seit der Jahrhundertwende auf den meisten Wirtschaftsbüchtern. Die Jahrhundertwende brachte dann den eigentlichen Beginn des sogenannten imperialistischen Zeitalters, indem die Großstaaten bzw. Staatengruppen der Welt darauf ausgingen in sich möglichst abgleichende Wirtschaftseinheiten zu bilden.

Redner weist dann an Hand von Zahlenmaterial nach, wie infolge der Bevölkerungsvergrößerung von 41 Millionen im Jahre 1871 auf 85 Millionen im Jahre 1910 die heimische Landwirtschaft zu sich immer mehr steigernde Produktivität kam, die aber nicht binden konnte, daß wir aus dem Auslande erhebliche Mengen landwirtschaftlicher Produkte einzuführen gezwungen waren, zumal die Kultivierung deutsches Gebietes, das 1 550 000 Hektar umfaßte, vernachlässigt wurde.

Aber auch die noch so gewaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zusammen mit der Einfuhr hätte keine Lösung des Zentralproblems gebracht: die jährlich um 800-900 000 Köpfe zunehmende Bevölkerung Deutschlands im eigenen Lande ernähren zu können. Wenn Deutschland nicht Menschen ausführen wollte, mußte es eben Waren ausführen, und das konnte es nur, wenn es eine Wirtschaft in steigendem Maße industriell ausbaute! Da die Exporte anorganisch gegeben, war die industrielle Entwicklung Deutschlands amorganisch gegeben, zu bestanden. Sie ist vorher bei der Entwicklung die damit untrennbar verbundene Arbeiterfrage geklagt, aber richtig geklagt: nicht gelöst wurde.

Im Verlauf der industriellen Entwicklung ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie ganz ansteigen angenommen, nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Während noch im Jahre 1871 nur Industrie 10,6 Prozent der Gesamtbevölkerung gehörten, waren es im Jahre 1907 bereits 42,2 Prozent. Nehmen wir noch

Handel und Verkehr dazu, so waren es 1871 41,8 Prozent, dagegen 1907 bereits 56,2 Prozent, also mehr wie die Hälfte der gesamten Bevölkerung. In Industrie, Handel und Verkehr ländeten im Jahr 1907 über 34,7 Millionen, in der Landwirtschaft nur noch 17,7 Millionen Menschen ihren Unterhalt. Um zu einer einigermaßen richtigen Würdigung der Entwickelung der deutschen Wirtschaft zu gelangen, müssen wir aber unsere Betrachtung noch ausdehnen auf die angeborene Entwicklung, die auf dem Gebiete der Ausnutzung der Naturkräfte, des Erfahres der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen und der zweckentsprechenden Einrichtung des Betriebes in den letzten fünf Jahrzehnten vor sich gegangen ist. Nur dadurch wurde es den nichtbesitzenden Kreisen in Deutschland ermöglicht, im eigenen Vaterlande ein wenig auch nicht immer benötigungsverwertes Brot füllen zu können und die deutsche Auswandererzahl, die in den achtzig Jahren bereits die Zahl von 250 000 in einzelnen Jahren erreicht hatte, auf rund 20 000 in den letzten Jahren vor dem Kriege herabzudrücken, und dazu auch noch rund

1 Million ausländischer Arbeiter

in Deutschland Brot und Beschäftigung zu geben.

Die Steigerung des Werbrauches industrieller Erzeugnisse im Innern ist rein ziffernmäßig schwer festzustellen. Desto sicherer spiegelt sich das Wirtschaftsleben eines Landes in den Zahlen über den Außenhandel, d. h. der Absatz deutscher Erzeugnisse in fremden Ländern und die Einfuhr fremder Waren in Deutschland, wieder. Während der deutsche Gesamtourenhandel von 1880 bis 1891 um 3 Milliarden und von da bis 1902 wieder um rund 3 Milliarden zugenommen hatte, steigerte er sich in dem Jahrzehnt von 1902 bis 1912 um 11 Milliarden Mark. Daraus geht hervor, daß die riesenhafte Entwicklung der deutschen Wirtschaft besonders in das letzte Jahrzehnt vor dem Kriege fällt.

An dieser gewaltigen Entwicklung hatte auch wesentlichen Anteil der Umstand, daß die Deutschen etwas wurden, was ihnen besonders die Engländer niemals zugetraut hätten: sie wurden wieder Seefahrer und sie lernten segeln, Schiffe bauen. Das war insoffern für uns von besonderer Bedeutung, als wir dadurch in der Lage waren, das Land in unserem Außenhandel — mehr Einfuhr wie Ausfuhr — doch trog und alldeut noch bestand, durch die Einnahmen an Frachten unserer Handelsflotte im internationalen Seehandelsverkehr wieder auszugleichen.

Diesen gewaltigen Erfolgen des kapitalistischen Zeitalters aus technischem und wirtschaftlichem Gebiete stand leider als Passivposten gegenüber seine überaus verdächtige Wirkung auf die Menschen, vor allem auf die Arbeiterschaft. Der Mensch wurde nicht anders gewertet, wie die übrigen wirtschaftlichen Bedarfsgüter. Kapitalismus ist ja nicht der Besitz einer mehr oder weniger großen Summe von Kapital, sondern die

mammonistische und egoistische Denkweise,

die materialistische Gedenkenkette, die zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile selbst nicht davon zurückdringen darf, über Menschenleichen hinwegzuschreiten. Auf der Breslauer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1899 war es kein Geringerer wie Werner Sombart, der die bezeichnende Auffassung vertrat:

„Sittlich sein sollen auf Kosten des ökonomischen Fortschrittes bei seines Erachtens der Anfang vom Ende der gesamten Kulturrevolution“.

Diese rein materialistische Auffassung war der Grundton, auf den die kapitalistische Zeitperiode eingestellt war. Der Mensch wurde in der kapitalistischen Wirtschaft eben in immer stärkerem Maße mechanisiert, zum seelenlosen Werkzeug herabgewürdigt, seiner eigentlichen Zweckbestimmung entstremdet und entzogen.

Der Form nach wurden zwar die ursprünglichen Koalitionsverträge aufgehoben, praktisch aber den Organisationsbestrebungen der Arbeiterklasse, die an sich geeignet gewesen wären, die Bewegung des neuauftretenden Arbeiterschlages in gesunde Bahnen zu lenken, die denkbare größten Schwierigkeiten bereitet. Auch der christliche Arbeiterbewegung gegenüber wurde keine Ausnahme gemacht. Nunächst von manchen Kreisen als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie bezeichnet, wurden sie in dem Maße, wie sie durch ihr Erstarken in die Lage versetzt wurden, praktisch an der Verbesserung der Lage des Arbeiterschlages zu arbeiten, mit der Sozialdemokratie in einen Tross geworfen. Auf der Mannheimer Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1905 vertrug sich Herr Kiedorf zu der Anerkennung: „die christlichen Gewerkschaften sind noch schlimmer wie die sozialdemokratischen, da ist mit der sozialdemokratischen Richtung noch lieber.“

Trotz und alldeut hat es sich die christliche Arbeiterbewegung nicht nehmen lassen, unermüdlich an der

Wiederbrücke der Gegenföhrer,

an der Herausbildung eines besseren Verhältnisses der Arbeiterklasse zum Staat, zur Gesellschaft und zur Wirtschaft zu arbeiten. Sie hat jedoch die Katastrophe wohl hinzugeschrieben, aber nicht verhindern können. Das war aber nicht aus das Versagen der christlichen Idee zurückzuführen, sondern wohl in erster Linie darauf, daß die Ereignisse sich überstürzten und daher die Idee nicht Zeit genug hatte, sich auszutun.

Die gewaltige Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens wurde jedoch unterbrochen durch den Ausbruch des Weltkrieges. Die durch die allem menschlichen Empfinden hohesprechende englische Prädade hervorgemachte Abhängigkeit Deutschlands von aller ausländischen Zufuhr stellte die deutsche Wirtschaft vor ganz neue Aufgaben. Außer einer Seite münzen Technik und Chemie darauf bedacht sein, die schlendernden natürlichen Rohstoffe durch künstliche zu ersetzen. Außerdem konnte natürlich das völlig freie Wirtschaften mit allen den Rohstoffen, die bisher von außerdeutschen Ländern bezogen worden waren oder sonstwie zu versiegen drohten, nicht stattgegeben werden, wenn nicht allein dadurch Deutschland eines Tages gewungen sein sollte, seinen Widerstand aufzugeben. Infolgedessen konnten die völlig freie Wirtschaft im Kriege nicht aufrecht erhalten werden. Es kam in immer stärkerem Maße die Zeit der Kriegsgesellschaften, die das ganze deutsche Wirtschaftsleben in immer engeren wirtschaftlichen Fesseln schlossen und immer weitere Gebiete des Wirtschaftslebens in ihren Bann zogen.

Wie auch das deutsche Wirtschaftsleben in Zukunft ausgestaltet werden möge, der Weg, den wir während des Krieges in der Wirtschaft notwendig gehen mußten, kann für die Zukunft nicht mehr in Frage kommen.

Dann kommt in der nächsten Folge von kaum 2 Jahren Revolution, Kriegsende, Waffenstillstand, Friedensvertrag, Abkommen von Spa mit ihren vernichtenden Wirkungen für die deutsche Wirtschaft. Die politische Seite aller dieser Dinge zu betrachten, ist nicht meine Aufgabe, ich habe mich nur mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen zu beschäftigen. Und da muß zunächst herausgestellt werden, daß wir von einer freien deutschen Wirtschaft in dieser Zeit überhaupt nicht mehr leben können, daß unsere Wirtschaft in allererster Linie eingerichtet werden muß nach den Weisungen rache- und hörigerfüllter Feinde in dem Diktat von Versailles und daß wir uns um der Not unseres eigenen Volkes willen danchen in allererster Linie damit beschäftigen müssen, wie wir auch noch den Bedürfnissen des deutschen Volkes gerecht werden können durch eine entsprechende Einrichtung unserer Wirtschaft. Dazu ist vor allem notwendig, daß in noch viel höherem Maße wie bisher die Kenntnis von den wirtschaftlichen Folgen des Kriegsvertrages und des Abkommens von Spa in die breitesten Kreise unseres Volkes getragen wird. Diese Notwendigkeit wird am besten bewiesen durch die Tatsache, daß mit unglaublicher Sorgfalt Hunderttausende in Sons und Breuns, in Spieß und Ton, dem sährenden Abgrund anstreben, vor dem wir uns befinden. Nach den durchsetzenden Wirkungen des fünfjährigen Wirtschaftsplanes es zunächst die entscheidenden Wirkungen der Revolution, die zusammenfassende Welt arbeiter Wirtschaft vollends zu zerstören.

drohten. Unmoral, Arbeitszurückhaltung, Bürgellosigkeit, unehrliche Untergrabung jeglicher Autorität auf der einen Seite, schwächliche, zaudernde Ausübung der Regierungsgewalt, Schieber und Nachertum, nie gelehnte Ausbeutung der breiten Volksmassen, Kapitalabwanderung, Steuerhinterziehung auf der anderen Seite sind die besonderen Kennzeichen dieser leichten Zeit. Wenn auch die allzulange noch dem Kriegsende noch aufrecht erhaltene Blockade endlich beseitigt worden ist, so willt nun nicht der Leistungsfaktor unseres Marktes vielleicht ebenso schlimm wie die Blockade, da wir nun nicht die unabdingt notwendigen Lebensmittel nicht kaufen bzw. nicht bezahlen können. Dazu kommt die durch den Friedensvertrag uns weggenommenen, für unsere Volksernährung so hochbedeutsamen Lebensmittelversorgungsabschüsse im Osten unseres Vaterlandes. Weiter sind wir durch den Friedensvertrag gezwungen, aus dem verbleibenden Gebiet unseres Vaterlandes an die Entente noch abzuliefern 140 000 Milchkühe, 4000 Nutztiere, 40 000 Jungrinder, 120 000 Schafe, 150 000 Musterschweine und 10 000 Pferde. Ehe wir diese unmöglichen Forderungen aber erfüllt haben, taucht wiederum bereits wieder die weitere entschlechte Forderung von

Alle Kraftentfaltung des einzelnen muß lebten Endes Dienst am Volke sein. Das Gemeinwohlsein der Nation muß so stark werden, daß man ihm in allen Fällen die Entscheidung über den Bestand des Ganzen anvertrauen kann.

Der Marxismus, von dem sich zurzeit noch große Massen des deutschen Volkes nicht frei machen können, kann entsprechend seiner individualistischen Herkunft und seiner Überhöhung der mechanischen Staatsgewalt für den christlich-kontraktiven Korporativgeboten kein Verständnis haben. Er lebt die Wiederbereitschaft der Stärke ab und identifiziert die Staatsgewalt mit der Herrschaft einer Klasse.

Um den Sieg des Gemeinschaftsgebundenen zu ermöglichen, muß die stark erschütterte Staatsautorität wieder hergestellt werden.

- Der Gebanke der Volksolidarität, der inneren und äußeren Anteilstnahme des deutschen Volkes an den Staatsgeschäften und Staatsnotwendigkeiten war im „Lbrigletsch“ der Volksrepublik als Grundlage unseres Staats- und Gesellschaftslebens zu wenig beachtet. Die unglückselige Glassenscheitigung, die auch jetzt noch nicht überwunden ist, führte zur Entstreibung der eisernen Volksarmeen und hat nicht wenig zum Niederbruch unseres Vaterlandes mit beigetragen.

Die neue Reichsverfassung vom 11. August 1919, die das Vorbild für die Väter und Kommunen Selbstverwaltungskörper sein soll, trägt nur formal dem Gemeinschaftsgebundenen Rechnung.

Der corporative Gebanke tritt hervor in den Abschnitten der Reichsverfassung über die Staatsgewalt, daß gesetzte Vertreterwerber verhältnis der Reichsminister zum Reichstag, den Volksentscheid, das Reichs- und Reichstagswahlrecht, die soziale Förderung der Familie, die Erziehung, Bildung, den Stand des Nachwuchses der Nation, den besonderen Schutz der Arbeitskraft, den Nutzen des Arbeitsrechtes, der Koalition, sowie über das Bodenrecht, Wohn- und Siedlungs-, und Heimstättengesetze und über den Neurechtsbau der Wirtschaft und des sozialen Lebens in der deutschen Republik.

Diese formalen Solidaritätsgebante der Reichsverfassung haben nun dann Auswirkung, wenn sie im ganzen Volle im Geiste des Christentums zur Auswirkung kommen.

- Das kapitalistisch-individualistische Wirtschaftssystem muß in Deutschland der Vergangenheit angehören.

Das System der Zwangswirtschaft im Kriege soll als Notmaßnahme baldmöglichst restlos beseitigt werden.

Der Ausbeutung des Volles durch eine sich nach der Revolution fast hemmungslos auswirkende Blutstotrie ist schäumig durch schärfste gescheiterliche Maßnahmen zu begegnen.

Der Neuausbau der deutschen Wirtschaft kann und darf nur planmäßig nach gegenwärtig wirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen. Die Ansätze an einer gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik sind vorhanden. Diese müssen weiter entwickelt werden, ohne daß die Wirtschaft bürgerkrautisiert wird.

Alle privatismonopoliistischen Fabrikien vor allem Bergbau, Eisen und Stahl, Elektroind., Kali und Cement und Stichholz müssen in erster Linie der Volksversorgung dienstbar gemacht und gemeinwirtschaftlich verwaltet werden.

Ergänzend einzutreten soll im Einvernehmen mit der Staatsgewalt die Kommunalisierung der dazu geeigneten und vorwiegend den Städten der Gemeinden dienenden Betriebe, wie z. B. Gas- und Wasserwerke, elektrische Energie- und Wärmeversorgung, öffentliches Verkehrsnetz, Beleuchtungswesen, Lichtspiel- und Schauspielstätten, Abschuß und Abderei, Bade- und öffentliches Unterhaltungswesen.

Die Erzeugung, Lagerung, Verarbeitung und Verteilung von Nahrungs- und Genussmitteln eignet sich nicht für kommunale Betriebsformen, hierfür sind gemischtwirtschaftliche Betriebsformen, die die Kommunen, Erzeuger, den Handel und die Verbraucher an der Verarbeitung beteiligen, zweitmöglich.

Die Gemeinschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sind zu fördern und selbständig in den Rahmen der Gemeinwirtschaft einzutreiben.

Die Regulation der Ein- und Ausfuhr durch zweitmöglich zusammenhängende Selbstwirtschaftsförderer ist beizubehalten und auszubauen.

Im Landwirtschaftsbereich muss der Gemeinwirtschaftsgebanke mehr als bisher zum Durchbruch kommen. Notwendig ist ein moderner Ausbau der Landwirtschaftskammern. Bevorüte Einschlüsse der Landwirtschaft auf den Betriebsrätegedanken. Ausbau des landwirtschaftlichen Gemeinschaftswebers. Unmittelbare Lieferungsverträge zwischen landwirtschaftlichen Produzenten- und städtischen Verbraucherverorganisationen, Förderungen der Siedlung auf dem Lande, ohne Beeinträchtigung der Nahrquellen des deutschen Volles. Wissamer gesellschaftlicher Schuh für die Kleinbauern, Untertanen des Volkes unter ein Recht, das keinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert und jedem anderen Mißbrauch mit ihm aussichtslos. Organisation des Fleischvertriebs durch gemeinwirtschaftliche Institute, Lenzung der Holz- und Forstwirtschaft in gemeinwirtschaftliche Wahren.

Zusammenschluß der Industrien in zusammengehörenden Wirtschaftsbereichen, um die im Zusammenschluß liegenden Vorteile der Allgemeinheit angute kommen zu lassen. Zusätzliche Beteiligung der kommunalen und prosingestellten und staatlichen Verwaltung in und der Verbraucherkreise in diesen großen Selbstwirtschaftsförderern.

Planmäßige Förderung der Einrichtungen, Forschungs- und Hilfsmittel der deutschen Wissenschaft unter Berücksichtigung der Freiheit und Gründlichkeit der Forschungsmöglichkeiten und -ergebnisse.

Das Heilmessen (Metzge, Apotheker, Krankenhäuser) bedarf dringend einer möglichst einheitlichen gesetzlichen Regelung.

Ebenso ist die Wohnungswirtschaft (Wohnhäuser, Wohnland, Wohnungsbau) nach einheitlichen Gesichtspunkten gemeinschaftlich durch Gesetz zu regeln.

Alle gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen müssen neben der inneren Anteilstnahme der gesamten Arbeiterschaft in der Produktion zum Preis haben, die Produktion zu vermehren, zu verbessern und zu verbessern. Darum muß nach Formen des wirtschaftlichen Lebens gesucht werden, die die freie Initiative des Industrie- und Betriebsleiters keinesfalls ausschalten.

Staatliches Rzentralisieren von oben herab kann unter keinen Umständen zum Ziel führen, darum muß den gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern im Rahmen des Gemeinwohl gründlichste Freiheit gelassen werden.

*

Nach Erstattung dieses Referats gab der Vorsitzende nachstehendes Telegramm des Erzbischofs Dr. Karl Josef Säulje von Köln zu den Kongress bekannt:

„Dem Kongress meine besten Wünsche. Möge er helfen, daß endlich wieder wahrhaft christliche Grundsätze ins Wirtschaftsleben kommen.“

Die Kongreßleitung schlägt die Ablösung folgender Antwort vor:

„Gew. Erzbischöfliche Gnaden übermittelte Wünsche erwidern wir mit ehrlichstem Denken. Die christliche Arbeiterschaft ist gewillt, mit großem Nachdruck für die Gründung der deutschen Wirtschaft und des Wirtschaftslebens im Geiste ehrlicher christlich-sozialer Grundsätze zu wirken. Sie erhält laienträgt Unterstützung aller Gutgesinnten.“

Im Anschluß an die nun folgende Ansprache, an welcher sich die Gelehrten Heinrich Bauer (Arbeiter), Oehrens (Landarbeiter), Kreis (Metallarbeiter), Hüsler (Eisenbahner), Vinzenz (Fabrikarbeiter), Scheuble (Holzarbeiter), Frau Möbius (Fleischverarbeitungswerk), Lewede (Gefüllwerks), Miedner (Federarbeiter), Thönert (Wuchsarbeiter) beteiligten, wird der Antrag 14 (bet. Förderung der Produktionsgenossenschaften durch Ge-

wirtschaften, Staats- und Kommunalbehörden) einstimmig angenommen, ebenso die Resolution, die die Unterstützung des Bühnenvolksbundes fordert.

Nach der Mittagspause referiert Assessor Dr. Röhr, Berlin, über

Das Arbeitsverhältnis nach dem neuen Recht.

Mit dem Problem des Arbeitsrechtes hat sich am 2. Kongress in Dresden 1912 beschäftigt. Damals war es eine Arbeitsrechtbewegung. Das Arbeitsrecht hat eine formelle und eine materielle Seite. Formell muß die einheitliche Durchführung aller Grundbegriffe der Materie des Arbeitsrechtes angestrebt werden. Materiell muß ein einheitliches Arbeitsrecht so beschaffen sein, daß die Einschätzung der Arbeitskraft und ihre Bewertung den christlichen Grundsätzen gemäß erfolgt, soweit das mit Rechtsmüssen überhaupt möglich ist. Von einer Verwirklichung dieser Bestrebungen sind wir heute aber noch weit entfernt, wenn auch seit 1912 schart einschließende Veränderungen vorgenommen sind. Wer vermag alle die Veränderungen zu nennen, die heute geschebeleistet tätig sind, von denen die eine nicht weiß, was die andere tut und sich dann nachrichtet? Viele Grundbegriffe des Arbeitsrechtes sind heute noch nicht klar. Eine Folge dieser Verwirrtheit ist, daß man nicht immer feststellen kann, ob ein strittiger Fall auf Grund dieses oder jenes Gesetzes zu beurteilen ist. Wir stehen heute also noch weiter zurück als 1912. Wohl sind wir weiter gekommen auf dem Gebiete der Erwerbslosen-Arbeitsverfassung und des Koalitionsrechtes. Dort sind bessere Anstände herbeigeführt. Wenn man das Gebiet des Arbeitsrechtes ganz allgemein überblickt, kann man nicht sagen, daß wir einen Fortschritt erzielt haben. Zur Unterbringung der Erwerbslosen und der Kriegsangehörigen ist eine Fülle von Maßnahmen getroffen worden und es scheint, als ob es das Problem jetzt besser gelöst ist, wie früher, auch gemessen an den Erfordernissen der Zeitverhältnisse. Sollen wir auf dem Geb. d. des Arbeitsrechtes zu einer befriedigenden Lösung kommen, müssen 4 Vorberührungen beachtet werden:

1. Die Beseitigung oder Verhütung mechanisch-formaler Gleichheiten in den Grundsätzen.

2. Eingliederung der Berufskooperationen in Rechtsorganisationen und Regulierung der wirtschaftlichen Kämpfe.

3. Verantwortliche Beteiligung der Arbeiterschaft an der Volkswirtschaft und an den einzelnen Betrieben.

4. Vereinfachung der Selbstverwaltung und Vereinheitlichung der Rechtsprechung und des Einigungsweisens.

In einer Volkswirtschaft muß ein bestimmtes Quantum an Arbeit geschafft werden, um die Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten und der Arbeiterschaft ihr Ersparnismaximum zu sichern. Mit einer schematischen Arbeitssucht ist das Arbeitsproblem noch nicht gelöst. Das haben selbst linksgerichtige Arbeiterschriften anerkannt. Und was dem Abstandstag gilt, gilt auch von der Sozialpolitik. Auch hier muß einer Schematisierung gewarnt werden, wie auch vor einer Schematisierung der Arbeitsvermittlung. Nur weitgehende Schematisierung haben wir auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung, indem wir sie ausschließlich in der Form von Unterstützungen in Geld geben. Der deutsche Arbeiter ist noch nicht so weit fortgeschritten, daß er lieber faulenzt und die Arbeitslosenunterstützung bevorzugt, als arbeitet. Mit den Kosten der Arbeitslosenunterstützung darf Reich und Kommune nicht allein belastet werden, auch die Privatindustrie muß zu diesen Kosten beitragen.

Den Vorschlag Professors Brentanos, daß die Gewerkschaften bei Tarifbruch zu kasten halten, lehnt der Redner ab. Mit der Ablehnung des Brentanischen Gedankens ist die Frage des Tarifes endgültig noch nicht gelöst. Es erhebt sich noch die weitere Frage: Sollen die gelben Gewerkschaften tarifmäßig sein oder nicht? Der Redner verneint die Frage. Man kann auch nach der anderen Seite arbeiten unter Tarif tarifmäßig werden. Und schließlich haben die Gelben nicht die nötige Rückgratfestigkeit. Ein allgemeines Streikverbot für die gemeinnützigen Betriebe ist abzulehnen, weil es fraglich ist, ob ein solches Verbot durchführbar sein wird und die Staatsautorität dann schwerer leidet, als bei einem Richtbestehen eines solchen allgemeinen Verbotes. Milde Tarife sind einzuhalten. Wen soll die Tarife regulieren, nicht, strengzulieren. Der Redner tritt für eine Kapitalbeteiligung der Arbeiter ein, wie eine solche zu erfolgen habe, müsse der Zukunft überlassen bleiben.

Alle wichtigen organischen Instanzen sind zusammenzulegen nach Arbeitsmühlensgrün. Die Rechtsbrechung ist einheitlicher zusammenzuhalten, durch Aufklärung an die ordentlichen Gerichte zu vereinfachen. Viele Aussagen sind noch zu lösen und man ist einig in diesem Sinne tätig. Und es ist nicht zu verkennen, daß wir langsam vorwärtskommen. Der Vortragende unterbreitet dem Kongress die nachstehende Resolution:

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen ist durchungen von der steigenden Bedeutung des Arbeitsrechtes. Er erkennt die Notwendigkeit der vielen geschebeleisteten Einzelmaßnahmen auf diesem Gebiete an, erwartet aber deren endgültige Durchführung bestimmt in der Form eines einheitlichen deutschen Arbeitsrechtes. Aber für ebenso wichtig als die Schaffung obliegenden Rechtes hält er die strikte Durchführung des einmal gesetzten Rechtes in der Prioris. Wie bei den heutigen Verhältnissen in Deutschland leider keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Der Kongress ist der Ansicht, daß die christlichen Gewerkschaften und die ihnen befreundeten Organisationen an den sozialen Ämtern im Arbeitsericht und auch bei der Durchführung des persönlichen Rechtes in der Praxis entschlossen und nachhaltig mitwirken müssen. Er fordert deshalb, Persönlichkeiten dazu zu bestimmen, die im Lande an den Arbeiten des zentralen Arbeitsrechtsgeschäfts in Berlin und an der Durchführung der Rechtsschule in der Praxis mitzuwirken gewillt und geeignet sind."

*

Es folgt das Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Immerich Essen, über

Die Bewertung der Handarbeit und die gewerkschaftliche Lohnpolitik.

Eine Folge des Krieges ist die Höherbewertung der körperlichen Arbeit und eine geringere Bewertung der geistigen. Früher war es anders. Je weniger Bildung, je mehr Einkünfte. Je viele Berufe konnte man nur kommen, wenn man gewisse Prüfungen abgelegt hatte. Der Krieg steigerte das Vorrecht der Gelehrten ins Groteske. Die bevorzugten wurden auch materiell besser gestellt. Große Kreise wurden dadurch aufs äußerste gereizt. Im weiteren Verlauf des Krieges erholt die Arbeit sozusagen Seltenheitswert. Damit stieg auch die Entlohnung. Die höhere Bewertung der körperlichen Arbeit ist erstaunlich, die geringere Einschätzung der geistigen Arbeit begreiflich. Unser Volk darf nicht geistig verkümmern; wir haben das größte Interesse daran, daß die geistige Arbeit entsprechend bewertet wird und die geistigen Arbeiter auch materiell besser gestellt werden. Bei unserer Lohnpolitik müssen wir unseren Mitgliedern die Wahrheit sagen, ebenso rücksichtslos aber auch den Unternehmern sagen, was ist. Bei uns darf nicht der Egoismus entscheiden, wir müssen, um hoch zu kommen, auch die volkswirtschaftlich wichtige Arbeit am besten entlohnen. Wir dürfen nicht egoistisch an uns denken, sondern sollen uns der Folgen für die Allgemeinheit bewußt sein. Wir dürfen lebensnotwendige Betriebe nicht unsäglich machen, das liegt im Interesse der Arbeiter selbst. Wir können auf keinem Wege mehr herausholen, als es bezahlt kann. Wir haben gelernte und qualifizierte Angestellte auch in Zukunft nötig. Der Lohn muss auch Ertrag bieten für die Kosten und Mühen einer Lehrzeit. Wir dürfen die ungelernten nicht allzuweit zurücklassen, aber wir müssen auch den berechtigten Forderungen der für die Volkswirtschaft wichtigen Berufe gerecht werden. Die Konkurrenz unter den verschiedenen Verbänden darf nicht weiter ecken. Jede Schädigung der Volkswirtschaft schädigt uns. Wer Wind lädt, wird Sturm erleben. Die Nominallöhne sind nicht zu hoch zu treiben. Gegen den Altkorblohn können wir uns grundsätzlich nicht aussprechen. Er ist zwar gut, vor ohne Aussicht ausreichende Leistungen erzielt werden sollen. Gesundheitliche Schädigungen dürfen aber nicht eintreten. Am Ende bricht sich dann für den Familienlohn aus. Wenn er in Reich, Staat und Kommunen möglich ist, ist er es auch in Privatbetrieben, für die Arbeitnehmer gilt im allgemeinen: für gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Die Lohnverhältnisse der Lehrlinge müssen zukünftig nicht durch die Lehrverträge, sondern durch die Tarifverträge geregelt werden. Wenn wir uns so bei unserer gewerkschaftlichen Lohnpolitik leiten lassen von Rücksicht auf die Volkswirtschaft, dürfen wir auch die Nachstenliebe nicht vergessen.

Der Kongress tritt ab wann in die Aussprache über die beiden Referate ein. Diese wird gegen 5.30 Uhr auf Dienstag vormittag vertagt.

4. Tag.

Nach Bekanntgabe eines Begrüßungstelegramms der christlichen Gewerkschaften Aktion wird unter Leitung des Vorsitzenden Wiener die Aussprache fortgesetzt.

Daraus folgt ein Schluswort des Referenten Immerich und die Abstimmung über die zu diesem Punkt der Tagesordnung vorliegenden Resolutionen.

Es folgt das Referat des Verbandsvorsitzenden Kollegen Otto Düsseldorf, über

Die Herabsetzung des Nachwuchses in Betrieb und Gewerkschaften.

Dieses gipfelt in folgender Entschließung:

In dieser Zeit der Sorge um den Wiederaufbau lenkt der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes nachdrücklich auf die Frage der Herabsetzung unseres Nachwuchses hin, deren grundlegende Bedeutung für unser gesamtes Volkse Leben niemals so groß gewesen ist wie heute.

Die Herabsetzung des Nachwuchses muß besonders von dem Gedanken getragen sein, einen, den sich der Volksverein und den Mitarbeitern im Betrieb verantwortlich führenden, beruflich und fachlich an der Höhe stehenden Nachwuchs heranzuziehen. Handelt es sich doch vor allem aus vorne, gerade beim Nachwuchs eine neue Erziehungsfestigung zu schaffen, welche ihre aufzubauende und schöpferische Kraft aus den großen Werken des Verzugsgedankens schöpft.

Unsere durch den verlorenen Krieg und den ungerechten Friede verursachte schlechte Wirtschaftslage läßt die Bedeutung vermehrter fachlichen und berufsbildenden Kenntnisse stärker in die Erinnerung treten. Nach der persönlichen Seite hin ist eine einheitliche und durchgreifende Regelung der anfangs gewerblichen und fachlichen Ausbildung, einschließlich der Lehrlingsausbildung, notwendig. Das geschichtliche Schulalter ist hinzu zu sehen und die partizipative Mitwirkung der Gewerkschaften bei Festlegung von gewerblichen Lehrverträgen sicherzustellen. Berufsbildung, Eignungsprüfungen und Eignungsfeststellungen müssen in vermehrtem Maße mit in den Dienst der fachlichen und beruflichen Ausbildung gestellt werden. Auch die hauswirtschaftliche und portenwirtschaftliche Ausbildung der weiblichen Jugend bedarf einer vermehrten Förderung. Der Kongress beantragt den Verband des Gewerbeverbands der christlichen Gewerkschaften, in besondere auf die Regelung des gewerblichen und fachlichen Ausbildungswesens, einschließlich der Lehrlingsausbildung und der hauswirtschaftlichen Schulung, geeignete Schritte zu unternehmen.

Ebenso wichtig wie eine bessere gesetzliche Regelung der fachlichen und gewerblichen Ausbildung ist die praktische Herabsetzung des inneren Nachwuchses durch die ermächtigten Mitarbeiter und die erwachsenen Mitglieder unserer christlichen Gewerkschaften. Der Mangel an erwachsenen Arbeitern während des Krieges brachte die Jugendlichen vielfach in die wichtigsten Arbeitspositionen hinein. Daß das allmähliche und organische Hineinwachsen in das gewerbliche Betriebe fehlte, entdeckt ein großer Teil der Jugend der letzten Kenntnis und der Berufsschule und Achtung hat in dem beruflichen Können und der beruflichen Erfahrung liegenden grünen Rüste. Durch Erlehrung, Einwirkung und Beispiel, insbesondere auf der Arbeitsstelle, ist das Verantwortungsbewußtsein des jugendlichen Nachwuchses zu stärken. Dem Nachwuchs muß die Arbeit mehr als ein bloßes Mittel zum Lebensunterhalt gelten und die Freude am Schaffen in der Mühre und in dem Gewährsel bei ihm geweckt werden, daß die Arbeit Werte für die Volksgemeinschaft schafft.

Den moralischen Verherrungen, welche der Krieg und seine Nachwirkungen vor allem unter dem Nachwuchs anerichtet haben,

müssen wir, durch entsprechendes Verhalten als christliche Gewerkschaftler gegenüber dem Nachwuchs entgegenstehen, und zwar sowohl auf der Arbeitsstelle, als auch in unserer ganzen gewerkschaftlichen Praxis.

Neben der Oberschule der Jugendlichen in die Außenwelt unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung ist die Vermittlung der Kenntnisse der Geschichte unserer Bewegung, der früheren Schwierigkeiten und der Lämme um die Gleichberechtigung der Arbeiter, eine dringende Notwendigkeit.

Dem

Selbständigkeit- und Betätigungsdrang der Jugend

ist innerhalb der Gewerkschaften ein möglichst breiter Spielraum einzuräumen. Errichtung von besonderen Jugendabteilungen, Herabsetzung von besonders geschulten Förstern für die Jugendarbeit und Jugendbildung, eigene Veranstaltungen für die Jugendlichen. Errichtung von Kursen, Herausgabe von Reichsblättern und Jugendliteratur sind wichtige Mittel zur Erreichung des Ziels einer Jugendarbeit in unserem Sinne. Die Heranziehung des Nachwuchses zur praktischen Mitwirkung in den Fragen der jüngsten wirtschaftlichen Interessengruppen ist ebenfalls wichtig.

Da die Herabsetzung der Jugend gleichzeitig auch eine Frage von agitatorischer Bedeutung ist, muß der Umstand mit in Betracht gezogen werden, daß die erwachsenen Arbeiter, bis auf geringe Bruchteile, bereits gewerkschaftlich erfaßt sind, und die Jugend daher hauptsächlich das Ergänzung- und Rekrutierungsgebiet der Gewerkschaften bildet.

In Anbetracht der gerade in der heutigen Zeit besonders notwendigen fiktiven Erhöhung in eine Unterstützung mit ein Haushalt-Arbeiten mit den konfessionellen Jugendvereinen dringend notwendig.

Unsere Arbeit in der Herabsetzung des Nachwuchses soll nicht von gewerkschaftspolitischen Motiven, sondern von Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Jugend und gegenüber dem Volksgesamten getragen sein.

In der nun folgenden Aussprache wird in Anbetracht der vorgetragenen Zeit die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt. Die auf das Referat bezüglichen Resolutionen finden bei der Abstimmung einstimmige Annahme.

Dann erhält Kollege Königshuber, München, der Präsident des bayerischen Landtages, das Wort in einer hochdeutschen Erklärung über die bayerischen partikularistischen Strömungen, wodurch er feststellt, daß die christlichen Arbeiter und Gewerkschaftler diesen Dingen fernstehen.

Der Kongress nahm diese Erklärung mit lebhafter Beifall entgegen.

Die Nachmittagssitzung beginnt mit dem Vortrag des Kollegen Dr. Brauer, Köln, über

Christentum und Sozialismus.

Der großzügig aufgebauten Vortrag hält das Interesse der Zuhörer, die sich zum Teil dicht um die Rednertribüne scharen, von Anfang bis zu Ende gefangen und ist wiederholt von Beifallsrufen unterbrochen. Zum Abschluß bereitet der Kongress dem Redner eine beeindruckte Erwähnung. (Wir werden die Leitgedanken des Vortrages in einer besondern Abhandlung wiedergeben. Die Schriftleitung.)

Eine Aussprache wurde nicht gewünscht, so daß die Erledigung des letzten Punktes der Tagesordnung rasch ablaufen konnte.

Die für den Ausschuß des Gesamtverbandes vorgeschlagenen Mitglieder wurden gewählt.

Die noch vorliegenden Anträge wurden zum Teil angenommen zum Teil dem Verband als Material überwiesen.

Resolutionen lagen noch vor zugunsten der Überfließlichen Verwaltung, gegen die unerhörten Kosten der freien Gewerkschaft, zugunsten der Kapitalisten und Hinterbliebenen, bei. Behebung der Arbeitslosigkeit in Sachsen. Schutz der ländlichen Mächte, Erneuerung auf Mildierung des Kohlenabbaums zu dringen und Einschränkung des Lichtverbrauchs anzurufen, Behebung der Wohnungsknot, gegen die Missachtung der geistigen Arbeit und gegen die hohen Papierpreise.

Die die Technische Nothilfe betreffende Entscheidung wurde gegen die Stimmen der Eisenbahner angenommen.

Ein Begrüßungstelegramm der obersten evgl. Kirchengemeinde in Berlin wurde mit prohem Beifall aufgenommen.

Dann sprach Kollege Behrens das

Schlussswort.

Tage erster und bedeutungsvoller Arbeit liegen hinter uns. Besonders die Nachlässe wurden gezeigt, die sofort in die Tat umgesetzt sind. Den Rednern, den auswärtigen Gästen, dem Essener Kartell für die Vorarbeiten, der Gesangabteilung des christlichen Metallarbeiterverbandes Essen für die auf dem Unterhaltsabend gehaltenen hohen Kunststücke und der Presse für ihre Arbeit spricht der Kongress seinen herzlichsten Dank aus. Der Redner weist darauf hin, daß zum ersten Male auf dem Kongress die Landarbeiter und in stattlicher Zahl vertreten gewesen seien. Es seien Arbeiter aus Handel, Industrie und Landwirtschaft in der christlichen Arbeiterbewegung vereinigt. Treue Waffenbrüder sollt werden man auch mit den konfessionellen Jugend- und Standesvereinen halten. Wir haben dem deutschen Volke ein großes politisches Programm durch die Meche Steigerwald gegeben und wir richten an alle Freunde der Arbeitserinnerung, uns zu helfen.

Nun nun nicht hinaus an die Stelle, wo ihr steht und wirkt dafür, daß unsere Freiheit in die Tat umgesetzt werden. (Lebhafte Beifall.)

Ein von der Versammlung begeistert aufgenommenes Hoch auf das deutsche Volk, das deutsche Vaterland und die christlich-nationale Arbeiterschaften erschallt und dann klängt es in mächtigem Melodion: O Deutschland hoch in Ehren, Du heiliges Land der Frei!

Ein erhabender Auftakt des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der, wie die Tage selbst, von keinem Teilnehmer vergessen werden wird.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. Dezember, der 31. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 12. bis 18. Dezember.

Für das Jahr 1921 werden neue Beitragsmarken in einer andern Farbe ausgegeben. Ab 1. Januar dürfen nur diese neuen Marken gefälscht werden. — Da am Jahresende die Beitragsmarken mit ihrem Wertebalken abzurechnen müssen, ist es unumgänglich notwendig, daß alle Mitglieder in ihren Beiträgen auf dem Balken sind. Am Jahresende darf es keine Rückstände mehr geben. Da mit Erfahrung des neuen Jahres nur noch neue Marken im Verkauf sind, so müssen etwaige dann noch rückständige Beiträge mit neuen Marken gefälscht werden, so daß sich jedes Mitglied selbst als lärmige Dekler durch ihr eigenes Mitgliedsbuch ausweisen. Im eigenen Interesse der Mitglieder und im Hinblick auf die Durchführung einer geordneten Jahresabrechnung darf deshalb wohl von allen Mitgliedern eine pünktliche Beitragsleistung erwartet werden.

Zum ersten Mal hat der Christliche Metallarbeiterverband für seine Mitglieder statt dem Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften ein eigenes **Jahrbuch** herausgegeben.

Das Inhaltsverzeichnis weist folgende Abhandlungen auf:

1. Zur Geschichte und Entwicklung des Christlichen Metallarbeiterverbandes.
2. Franz Wicker, Verbandsvorsitzender, mit Bild.
3. Die christlichen Gewerkschaften 1919.
4. Die deutsche Arbeitnehmerbewegung.
5. Unser Verbandsaus, mit drei Abbildungen.
6. Der Nachwuchs der christlichen Gewerkschaften.
7. Die Ausbildung des Metallarbeiters auf praktischem und theoretischem Gebiete.
8. Die soziale Politik im neuen Deutschland.
9. Das Betriebsräteproblem.
10. Der Reichswirtschaftsrat.
11. Aus der Reichssozialgesetzgebung 1919/20.
12. Der Niedergang des deutschen Handgewerbes.
13. Kalender.
14. Adressenbuch der christlichen Gewerkschaften.
15. Preis: kartoniert mit schönem Umschlag 3 M.

Bestellungen

bitten wir sofort durch die Erzverwaltungen an die Hauptgeschäftsstelle, Duisburg, Stapelhof 17, zu richten.

Tüchtige, ältere

Werkzeugschlosser

möglichst unverheiratet,

Für unsere Betriebsräte

Der christliche Metallarbeiterverband u. der Betriebsrätag in Essen

Im Anschluß an den 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften fand am 24. November in Essen der erste Betriebsrätag des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Einschließlich werden die Verhandlungen mit einer breiten Brüder- und Kameradschaft des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reichskanzler Otto Thiel, der nach Marburg, Anna der Erziehenden auch den anwesenden Bößen aus Hessen-Delbrück und der Schweiz den Willkommen zu erwidern und weiter die anwesenden Vertreter der Traditionen der Deutungsmannschaft, Deutschen Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei und Demokratischen Partei sowie die Minister Dr. Brauns und Giesbert bestätigte.

Die Abstimmung ergab die Wahl von Paul Scheid, Köln-Ehrenfeld, Berlin und Böhn, Elsen, zu Vorsitzenden.

Dan sprach Reichsarbeitssminister Dr. Brauns über

Die Lage der deutschen Volkswirtschaft.

Den äußerst arbeitsvollen Vortrag werden wir gelegentlich ausführlich wiedergeben.

Über 2. Rednet sprach der Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Petermann, Berlin, über das Thema:

Was erwarten wir von den Betriebsräten.

Auch auf dieses Referat werden wir noch zurückkommen. Nachdem der Reichsarbeitssminister, Kollege Giesecke darauf hingewiesen hatte, daß das Betriebsrätegesetz eine Errungenschaft ersten Ranges sei, welches, wenn die Betriebsräte im richtigen Sinne arbeiten, von großem Nutzen für die gesamte Volkswirtschaft sein werde, behandelte Karl Kappel vom Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften

Das Interessenwesen von Angestellten u. Arbeitern im Betriebstat.

Er sprach z. a. aus, daß es eine Verlängerung der Betriebsräte sei, wenn die Arbeiter die betriebigen Forderungen der Angestellten zufriedenstellen, wenn die Angestellten die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht anerkannten. Die Ergebnisse der Erörterungen bei der Gruppen für den Betrieb verriet werden. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Meister müssen im Betriebstat zusammenwirken. Das trifft auch auf Fortbildung der Arbeitnehmer bei und führt dazu, ein möglichst klares und umfassendes Bild von dem Zustande des Betriebes zu gewinnen. Da trifft besonders zu bei der Prüfung der Bilanz und der einzelnen Kosten derselben, für die vornehmlich die Angestellten eine bessere Eignung mitbringen, als die Handarbeiter. Das trifft auch zu für die Beratungen des Ausschusses, in dem neben dem Arbeiter auch der Angestellte sich mit Arbeiter und Angestellte müssen sich gegenseitig ergänzen und als gleichberechtigte Faktoren im Wirtschaftsleben arbeiten.

*

In der Absicht möchte Kollege Bauer von der Hospitalkirche danktes Verbundes Ausführungen, die dort wegen der Nähe der Pfarre zusammengebracht werden möchten, die wir jedoch wegen ihrer Bedeutung hier ausführlicher wiedergeben:

Die Prediger von heute Morgen haben mit Recht darauf verwiesen, daß unsere wirtschaftliche Zukunft nicht unweigerlich durch die Verwirklichung der Räteide bestimmt würde und daß daher ganz Deutschland errettungsvoll auf unsere Betriebsräte schaut. Ich gebe weiter und behaupte, daß die Augen der ganzen Welt nach Deutschland gerichtet sind, wo durch das Betriebsrätegesetz der Anfang mit einer geordneten Wirtschaftsdemokratie, mit der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer und mit deren Mitbestimmung im Produktionsprozeß gemacht wird. Darin liegt ein Teil der großen Verantwortung, die auf unseren Betriebsräten ruht. Deut. Gesellschaft der Wiss., dann wird die Mäteide morschieren und der Arbeiterschaft der ganzen Welt die Möglichkeit gegeben, an den Erfolgen teilzunehmen. Dann wird man auch unten im Betriebstat noch weitere Rechte einzuräumen müssen. Gelingt das hingegen bis Sache nicht, gehen wir falsche Wege, dann wird schon die Entwicklung dieser Rechte von selbst wieder hinweggehen. Dann wird die Arbeiterschaft dauernd auf diesem Gebiete erlebt sein.

Dieser großen Verantwortung wollen wir uns stets bewußt bleiben! Wir müssen der Welt den Nachweis erbringen, welche großen Wirtschafts- und Kulturfäste in der organisierten Arbeiterschaft in der Einigung der Hand- und Kapitalarbeiter, sowie in der Räteide stehen und wir werden das Ziel erreichen, wenn der Geist dieser Loppe zur Ausführung kommt.

Der erste Kongreß mög auch den Räten gerecht werden. Kollege Breidenbach führte schon aus, daß die Räte oft nicht ernst genommen würden. Aber darüber hinaus hören wir in der Leistunglichkeit, bei Arbeitgebern, Vorgesetzten und Mitarbeitern Vorteile oder falsche verächtliche Urteile, die nicht anwiderbar sind. Es voreilten wir davon, wenn unsere Räte für den Gedanken Industrialer Räte verantwortlich gemacht, oder mit besonderlichen Ausnahmen in einen Topf geworfen oder auf eine Stütze gestellt werden. Bei unseren Räten finden wir allgemein das erforderliche Verständnis. Wir haben schon mehrere Erfolge zu verzeichnen.

Mit Rücksichtshaben haben zudem alle Gesetze, sowie die Regeln aller Berufe und Funktionen zu rechnen. Die Gerechtigkeit verlangt, daß diese natürliche Erziehung auch bei den Räten berücksichtigt wird. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Betriebsräte zur Zeit des wirtschaftlichen Konservatismus berufen wurden, wo in den Betrieben, in der Volk- und Weltwirtschaft alles drunter und darüber geht. Die Räte wurden ferner an einer Zeit berufen, wo die durch die sozialdemokratische Agitation belogene und betroffene Arbeiterschaft die Erziehung der von dieser hergestellten unerlässlichen Hoffnungen verlangte. Die Betriebsräte haben am meisten darunter zu leiden, denn auch sie können die Erziehungen beim besten Willen nicht ersinn. In solchen Zeiten und bei solchen Verhältnissen würden jedoch diejenigen, die kein gutes Haar an den Räten lassen, erst recht nicht zu Runde kommen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiterschaft leichter von der Leitung des Produktionsprozesses abgespalten war. Daher ist ein gewisser Konsens an Aufführung noch kennzeichnend. Arbeitgeber und Betriebsräte sind durch die Entwicklung und Erfahrung zu ihren Kenntnissen gekommen, aber sie haben besondere Studien gemacht. Unsere Räte werden plötzlich ohne daß alles und zwar nur theoretisch in die Verhältnisse geworfen. Die nur kurzfristige Tätigkeit erschwerte das Zusammenarbeiten natürlich mehr als die praktische, vorausvertragende Ausführung. Um übrigen kommen wir schon allmählich weiter! Die Räte haben sich daher den Tag nicht vor dem Abend loben.

Die Rätearbeit ist jerner erschwert worden durch die oft anklagen, ja verworrenen Rechtsverfahren — die Herr Dr. Köbel auf dem Gewerkschaftskongreß rechtlich beleidigt hat — sowie durch das starke Verhalten mancher Arbeitgeberkreise. Wir erkennen gewiß an, daß manche Arbeitgeber sich mit dem Rätegebot abgefunden haben und bewußt sind, daß sie legal anzupredigen. Aber manche von diesen und seit Arbeitgeberverbänden scheinen noch immer nichts weiter verletzt noch bezwangener zu haben. So wurde z. a. im Industriegebiet ein Rätegebet verlangt, wo mindestens 20 mal darin steht: Der Betriebsrat ist nicht berechtigt, er darf nicht, er kann, ist aber verpflichtet ihm.

Eine Haarhalterei über Rechtsbegiffe wollen wir hier nicht vornehmen. Ich will nur daran vermeiden, welche Wirkung solche Diszipliniertheit bei den Betriebsräten ausübt, und daß nicht der starre Maßstab des Rechtes, sondern der Geist es ist, der schließlich macht, wenn auch alle Arbeitgeber mit dem richtigen Satzwerk das Maßnahmenrecht bekleben, dann müßten wir ebensoviel mehr manche Schmerzensfeind leichter hinnehmen. Wer hierzu etwas herabsticht, der wird in einer helleren Beurteilung der Räte kommen.

Wir sind eine Sichtbarkeit für die Räte. Die Verhinderung der Aufgaben des Betriebsräte fördert eine handlungsfähige Angestellten. Eine Meinung für die Meisterhilfskasse hat unser Verband erarbeitet, der ebensofort vorliegt. Meister und die versammelten einschlägigen Meister in einer Einrichtung zusammenzutreffen. Wir bitten hierfür anzuheben, daß wir in einer helleren Beurteilung der Räte kommen.

Die Betriebsräte tun gut, in bekannteren Betriebsräteversammlungen oder Sitzungen über ihre Wirkungslosigkeit erschrockenen Meister in erstaunen, in geeigneten Fällen den Rat der hinter ihnen stehenden Meistern. Einen Meister für die Meisterhilfskasse hat unser Verband erarbeitet, der ebensofort vorliegt. Meister und die versammelten einschlägigen Meister in einer Einrichtung zusammenzutreffen. Wir bitten hierfür anzuheben, daß wir in einer helleren Beurteilung der Räte kommen.

Die Betriebsräte tun gut, in bekannteren Betriebsräteversammlungen oder Sitzungen über ihre Wirkungslosigkeit erschrockenen Meister in erstaunen, in geeigneten Fällen den Rat der hinter ihnen stehenden Meistern. Einen Meister für die Meisterhilfskasse hat unser Verband erarbeitet, der ebensofort vorliegt. Meister und die versammelten einschlägigen Meister in einer Einrichtung zusammenzutreffen. Wir bitten hierfür anzuheben, daß wir in einer helleren Beurteilung der Räte kommen.

Die Betriebsräte sollen sich auch in den Betrieben nicht mißbrauchen lassen.

Denn wenn die Betriebsräte für alles mögliche oder unmögliche von unten und momentlich von oben als Sturmbock ausgenutzt werden, dann wird ihnen auch alles an die Stockhölze gehängt. Durch die Betriebsräte darf auch kein

neuer Schlag Schlechthändler und Schieber entstehen. Wenn da und dort ein Einzelnen in die Versorgungsregelung als zweitmöglich oder notwendig erscheint, so muß dies aus das berufbar niedrigste Wohl beschränkt und darf nicht zur Regel werden. Dagegen mit Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten nach, wo für die Betriebsräte nicht da sind, dann werden die wichtigsten Körperschaften vernebelt. Angesichts der vielen Schwierigkeiten und des Unstandes, hoch vierzig bis die Betriebsräte auch nur den Meliorum des Unbekannten beanspruchen, hört man von manchen Betriebsräten, daß sie momentlich bei den nächsten Wahlen die „Drosten“ hinterher, die „Alte Ing. Korn“ werden wollen. Undere mögen vielleicht denken, was soll ich mich noch weiter kümmern und aussöhnen, denn ich werde doch nicht mehr wiedergewählt, da ich die Welt nicht end den Angeln habe kann.

Beide Annahmen sind falsch und verwerthlich. Mit der Landläufigen Rüte, auch wenn sie unberechtigt und falsch ist, wird sich in Abrede der Verhältnisse jeder Betriebsrat absindern müssen. Unter Idealismus verkörpert es sich, daß er darüber hingeg. hilft und wer mit dem ehrlichen Willen besteht keine Pflicht im Betriebsrat erfüllt, der wird schon die und wehmütig gebeten werden, daß er nochmals anstreben. Darum fort mit sochen Freiwilligen, sorgen wir vielmehr dafür, daß überall in den Betrieben rechtzeitig

die Wahlvorbereitungen

getroffen werden. Wenn wir dann in der rechten Weise arbeiten, dann bringen uns die nächsten Wahlen weitere Erfolge. Dieses kostet aber verursacht, daß wir unseren Verbündeten auch in Pforzheim die Mitgliedschaften der Alten Kästen halten. Unsicherheit auch, ob's Arbeitgeber versuchen, ungelegene Betriebsräte die Treppe herunter zu werfen. Sie wissen, was ich damit meine.

Die politische Sicherung der Betriebsrätevertreter kennen wir; die Selbsthilfe ist mit Erwähnung aber ebenfalls notwendig. Auch im ureinsten Interesse der Wirkungslosigkeit unserer Betriebsräte ist erforderlich, wenn dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem ihm angehörigen Verbänden möglichst viele Mitglieder angeschlossen sind. Auch das sollten unsere Betriebsräte noch mehr berücksichtigen. Am übrigen sind wir auf dem rechten Weg! Unser wird die Zukunft sein, trotz aller Schwierigkeiten!

*

Nach diesen Ausführungen, denen wiederholt lobhaft angestimmt wurde und die reichen Beifall hielten, schlug Kollege Bauer die Annahme nodischem Entschließung über die Weiterbildung und Bestärkung der Betriebsräte vor:

Der 1. Kongreß der Betriebsräte des Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angehörenden Organisationen die Weiterbildung der Betriebsräte in Angriff genommen bzw. unterstellt haben. Bei der großen Verantwortung und Bedeutung der Betriebsräte für die Anliegen unserer Wirtschaft, der Arbeitnehmer Deutschlands und der ganzen Welt, sowie angesichts der vielen sich erreichenden Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Betriebsrätegesetzes, erachtet jedoch der Kongreß, für die Weiterbildung und Bestärkung der Betriebsräte weitere Schritte zu unternehmen. Anscheinend ist es notwendig, daß:

1. die noch aus gehaltene „Betriebsrätepost“ weiter ausgestrahlt wird, insbesondere hinsichtlich der Auskunfts einfließender Rechtsbestimmungen, der Richterleitung über Sprach- und Schriftgutprüfung der Schlichtungsausschüsse, Gerichte usw.

2. der grundlegende Stoff der Wissenschaft für Betriebsräte und Gewerkschafter nicht noch durch Kurze, aber doch übersichtliche, handliche Traditionen herausgegeben wird und die Organisationen vertreten werden, diese Schriften auf das notwendigste unter den Betriebsräten und den hinter ihnen stehenden Arbeitnehmern zu verteilen;

3. die vom Deutschen Gewerkschaftsbund zu gründende Zeitschrift den Anliegen der Betriebsräte besonders Beachtung träßt und somit unsere Betriebsräte ein sozial erziehendes Organ besitzen, welches sie über einschlägige soziale Fragen, über den Stand unserer Wirtschaft usw. laufend und schnell unterrichten kann;

4. in den arbeitschaftlichen Versammlungen neben der Erledigung der leiseren Organisationssachen noch mehr arbeitsleidende Vorstände gehalten werden, die der Weiterbildung der Betriebsräte und der Gewerkschafter zuträglich sind;

5. um einen guten Anstand über Erziehungen, Erfolge oder Misserfolge der Betriebsräte herzustellen, sollen Erfolge oder Misserfolge der Betriebsräte verarbeitet und die Ergebnisse in zweckentsprechender Weise bekannt gegeben werden.

Der Kongreß verpflichtet aber auch jeden Betriebs-, Angestellten- und Arbeiterrat, sowie jeden Betriebsmann, an den

Meisterbildungsausschüssen lebendigen Anteil zu nehmen. Die einschlägigen Versammlungen, Konferenzen und Parteitagsversammlungen, alle anerkannten Schriften zu lesen, die konstitutive Versammlungen unserer Organisationen zu unterstützen, sowie auf die hinter ihnen stehenden Arbeitnehmer einzugehen, eben wie oft, einzutreten, daß sie sich in ihrer Meinung bestätigen.

Wen den Betriebs-, beim Arbeiterrat-mitgliedern der Betriebsräteversammlungen seien unser Christlichen Metallarbeiterverbands folgende Anträge vor:

1. Auf Grund des § 2 des Betriebsrätegesetzes ist in Betrieben, die in der Regel weniger als 20, aber mindestens 5 hochwertige Arbeitnehmer beschäftigen, von denen mindestens 5 nach den §§ 20 und 21 möglich sind, ein Betriebsrätepost an möglich. Ferner kommen in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern ebenfalls Betriebsräteposten in Frage, wenn nicht die Arbeitnehmer eines Betriebsrates zusammen eine Zahl höherer Arbeitnehmer vorhanden ist. Diese Betriebsräteposten haben nicht die gleichen Rechte wie die konstitutiven Betriebsräte. Einzelne kommen für die Betriebsräteposten die Rechte wie sie in den §§ 70, 74 und 84 bis 90 aufgeführt sind, nicht in Betracht.

Es wird darum beantragt: man möge bei den nochzuhaltenden Annahmen dahin wirken, daß den Betriebsräteposten die gleichen Rechte zuerkannt werden, wie sie für Betriebs-, bzw. Arbeit- oder Angestelltenmitgliedern festgelegt sind.

2. Ferner beantragt wir, daß seitens der Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes dahin gewirkt wird, daß das Betriebsrätegesetz auch an alle bisher nicht unter das Gesetz fallenden Kleinbetriebe ausdehnt wird. Die Arbeitnehmer dieser Kleinbetriebe sind jede geschichtliche Vertretung und können ihre Wünsche und Bedürfnisse fast nur durch die Gewerkschaften zur Geltung bringen, was aber nur nach Überwindung erheblicher zeitraubender Schwierigkeiten möglich ist und zu anhaltenden Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern führt. Die für die Innungsbetriebe eingeführten Gesellenausschüsse können nicht als Vertreter der in den Innungsbetrieben beschäftigten Gesellen angesehen werden, da die Gesellenausschüsse lediglich der Gesetzesgebung nicht mit den nötigen Rechten ausgestattet sind und auch selbst die Innungen die Gesellenausschüsse nicht als Vertreter der Gesellen in wirtschaftlichen Fragen und bei Differenzen antreten.

Der Auftakt der Betriebsräte für die Innungsbetriebe und sonstige Kleinbetriebe könnte in ähnlicher Form erfolgen wie die erwähnten Gesellenausschüsse.

Wir beantragen die Einlegung einer Kommission, die sich mit diesen Fragen befassen soll, um geeignete Vorschläge der gegebenenartigen Räteverband zu unterbreiten.

3. Nach § 86 hat der Arbeitnehmer das Recht, bei Entlassungen, die aus dem im § 94 ausgelösten Gründen richten, beim Betriebs- oder Arbeitgeber hinzutreten. Dazu hat diese angeforderte Instanz die Verpflichtung, den Ausdruck zu prüfen und evtl. eine Besoldigung mit dem Arbeitgeber vereinbart zu haben. Lebt der Betrieb, bzw. Arbeit- und Angestelltenrat den Einspruch ab, so steht dem Arbeitnehmer nach diesem § 86 des Betriebsrätegesetzes das Recht nicht zu, den Schlichtungsanspruch einzutreten, und aus diesen Gründen heraus beklagen wir, den § 86 doch zu erweitern: falls bei Antrufung als Grund des Entlassens gegen die Rüteung des § 84 Rüte 1 anzurechnen ist, hat der Arbeitnehmer über seine berufliche Vertretung das Recht, den Schlichtungsanspruch auch dann anzurufen, wenn der Betrieb, bzw. der Arbeiterrat die Antrufung für nicht begründet erachtet. Als Begründung führen wir folgendes an:

Beispiel. In einem Betrieb von 100 Arbeitnehmern sind 7 christlich Organisierte beschäftigt, der Betriebsrat legt sich aus nur freigemeinschaftlich organisierten oder unorganisierten zu. Nun entfällt der Arbeitgeber auf Drängen der Kreisorganisation unter irgendeinem Vorwand einen christlich organisierten Arbeiter. Er erhebt Einspruch gegen seine Entlassung beim zuständigen Arbeiterrat. Der Arbeiterrat erachtet den Einspruch nicht für begründet und damit das Recht aufzugeben, nunmehr seinerseits den Schlichtungsanspruch anzutreten. — Durch den § 86 und seine durch die Schlichtungsanschüsse erzielte Auslegung wird heute die Schlichtungsbefreiung des § 84 Abh. 1 des B.A.G. in der Praxis aufgehoben.

Wir beantragen die Einlegung einer Kommission, die sich mit dieser Frage befaßtigen soll, um geeignete Vorschläge der gegebenenartigen Räteverband zu unterbreiten.

Der Kongreß beschloß einmütig, diese Entschließungen wie auch die V. r. r. r. deren noch mehrere vorlagen, der Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu überreichen, welche dieselben in Verbindung mit ihrer Redaktion und dem gegründeten Betriebsräteausschuß erledigen soll.

Mit einem Schluswort des Vorsitzenden Thiel stand die Legung ihres Abschlusses.

■

An unsere Betriebs- u. Arbeiterräte sowie Betriebsobmänner.

Gegenüber vielfachen Anfragen und Anträgen über die Gestaltung der „Betriebsrätepost“ sei nochmals darauf hingewiesen, daß jedem Betriebs- und Arbeiterrat sowie jedem Betriebsobmann unseres Verbands die „Betriebsrätepost“ ollenmontig und gratis nur durch den zuständigen Betriebsausschiffen Verwaltungsstellenfunktionär bzw. durch den Bezirksteiter zugestellt wird. Die in Frage kommenden Mitglieder sowie die selbständigen Betriebsgruppen ohne Bezirksteifer Funktionäre wollen sich daher bezüglich der Gestaltung der „Betriebsrätepost“ nur an diese wenden. Wo die „Betriebsrätepost“ seither ausblieb, oder so zu wenigen Exemplaren gebracht wurde, da dies entweder auf das Eigentum oder auf die schlechte Ausfällung der Betriebsräteposten zurückzuführen ist, kann den Bezirkstefern Recht zu machen. Wirtschaftliche Verstellungen von Bezirkstefern gegen die „Betriebsrätepost“ sind zweiflos. Sonstige Interessen müssen auf die „Betriebsrätepost“ bedacht werden. Der Abonnementspreis des „Betriebsrätepost“ beträgt für das ganze Jahr nur 4 R. (Verlag Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin SW. 68, Charlottenplatz 86.)

Für Weiterbildung unserer Vertreter im Betriebsrätegesetz hat unser Verband eine Anweisung ausgearbeitet, die unsere Vertreter ebenfalls an bei den obengenannten Stellen beziehen können, bzw. von diesen zu gestellt bekommen. Die Anweisung ist nur ein Wegweiser für die Weiterbildung unserer Räte und führt in neuen Kapiteln an, worüber an grundsätzlicher Allgemeinbildung, an Kenntnis über das Betriebsrätegesetz, das Arbeiterrrecht, den Arbeiterschutz, die sozialen Rechtsformen, die Gewerkschaftsrecht, die Betriebsräte, die Vollzugsbehörde, über die Gewerkschaftsrecht jeder Gewerkschafter und namentlich jeder Betriebsrätevertreter unterrichtet sein muß. Eine nähere Erörterung dieses Programms wird nach folgen. Wenn sind Maßnahmen in Ansicht genommen, um das Programm in zweckdienlicher We